

## Die Woche im Blick

Reaktionen auf die Empfehlungen der Rürup-Kommission: Nutzen der Kommission umstritten **2**

Ersatzkassenvertrag frühestens im Juni entschieden: KZBV strebt generelle Öffnungsklausel für Mehrkostenregelung an **5**

„GKV-Wettbewerb ist eine Lebenslüge“: Die SPD-Rechten wollen Einheitskasse **6**

## Zahnmedizin

Patienten mit rheumatischen Affektionen: Rheumatoide Arthritis und Parodontologie zeigen Gemeinsamkeiten **9**

Gemeinsame Empfehlung von Zahnärzten und Gynäkologen: Die Mundhygiene schützt auch den Fötus **9**

## Praxis aktuell

49. Zahnärztetag der ZÄK Westfalen-Lippe: Zahnmedizinische „Hausmannskost“ in exzellenter Qualität **10**

Der Praxis-Tipp von Dan Fischer, DDS (7): Nicht alle Komposit-Varianten sind hilfreich und nötig **14**

BGH-Urteil zur privaten Versicherung: Auch teure Spezialbehandlung ist drin **20**

Exklusiv bei  
**Gmds**  
www.gmds-dental.de  
Medical & Dental Service GmbH  
56203 Höhr-Grenzhausen  
Telefon: 0 26 24 - 94 99 - 0  
Fax: 0 26 24 - 94 99 29

DZW-Gespräch mit ZA R. Wagner, Vorsitzender der KZV Nordrhein, zu den Hintergründen von Löfflers Rücktritt als KZBV-Vorsitzender (1):

# Löffler verlor Anschluss an Bema-Verhandlungen, da er sich nicht kümmerte

Dr. Rolf-Jürgen Löffler habe alle strategischen Entscheidungen mitgetragen, auch die zur Punkt- und Zeitsummenneutralität. Das erklärt der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZV) Nordrhein, ZA Ralf Wagner, Mitglied im KZBV-Vorstand und in den Bema-Verhandlungskommissionen für die Zahnärzte, im DZW-Gespräch mit Chefredakteur Jürgen Pischel.

Der aus allen Ämtern auf Bundesebene ausgeschiedene frühere Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Rolf-Jürgen Löffler, hatte seinen Rücktritt öffentlich damit begründet, er könne die Bundesvorstandslinie, zum Beispiel bei der Bema-Neurelationierung, nicht mehr mittragen. Wagner übt offene Kritik am Arbeitsstil Löfflers.

## Eine ZE-Ausgrenzung ist vertretbar

Zu den Vorschlägen der Rürup-Kommission befragt betont Wagner, dass er eine ZE-Ausgrenzung aus der GKV für vertretbar halte, um „all den rigiden Regelungen, die sich multiplizieren, zu entgehen“. Er hält auch Rahmenvereinbarungsgespräche durch den Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) mit den

PKVen für sinnvoll, wenn diese für eine Zahnheilkundeversicherung generell zuständig werden sollten, wie es zum Beispiel von der CDU vorgeschlagen wurde. Die DZW veröffentlicht das vollständige Gespräch mit Ralf Wagner in dieser und der folgenden Ausgabe.

DZW: Herr Wagner, Sie waren einer der treibenden Kräfte, dass Dr. Rolf-Jürgen Löffler aus Bayern im Februar 2002 zum Vorsitzenden der KZBV gewählt wurde. Diese Wahl war mit vielen Problemen, die der FVDZ damit bekommen hat, zahlreichen Irrungen und Wirrungen verbunden. Ein gutes Jahr danach, sagt man, waren wiederum Sie als schärfster Kritiker von Löfflers Amtsführung die treibende Kraft, dass er nun zurückgetreten ist. Was genau hatten Sie eigentlich an (Fortsetzung auf Seite 3)

Verblüffende britische Studie:

# Raucher haben öfter Schmerzen

Ist der Marlboro-Mann ein ganzer Kerl oder eher ein Jammerlappen? Da Tabak analgetisch wirkt, müsste der rauchende Cowboy eigentlich hart im Nehmen sein, möchte man meinen. Britische Epidemiologen werteten etwa 13.000 Fragebögen von Patienten aus, die bei Allgemeinärzten registriert waren. Rund 6.500 davon waren Ex-Raucher und 3.000 Raucher.

Die Rauchgewohnheiten wurden in Beziehung gesetzt mit der Prävalenz von Schmerzen am Bewegungsapparat (Nacken, Schultern, Ellbogen, Hände, Knie, Rücken). Nach Berücksichtigung möglicher Störgrößen wie Alter, sozialer Status etc. zeigte sich ein Zusammenhang zwischen den Rauchgewohnheiten und der Schmerzhäufigkeit.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Zustimmung und Widerspruch zu den Vorschlägen der Rürup-Kommission für die Gesundheitsreform – Kei

# Nur noch eine Milliarde Euro für Zahnersatz de facto die Ausgrenzung

Beim Sparpaket von 24 Milliarden Euro, das die „Rürup-Kommission“ in einer Gesundheitsreform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verordnen möchte, soll auch der Eigenanteil der Patienten beim Zahnersatz angehoben werden, so dass von den Kassen 2,5 Milliarden Euro weniger ausgegeben werden müssen. Da bisher die GKV-Ausgaben (2002) für Zahnersatz einschließlich Zahntechnik 3,5 Milliarden Euro betragen, stünden für Versicherte hierfür nur noch eine Milliarde Euro GKV-Mittel zur Verfügung.

Wird das bisherige Versorgungsniveau der Härtefälle beibehalten, würde diese eine Milliarde schon damit völlig aufgezehrt werden. Werden die Richtlinien für Härtefälle verschärft, müsste die Selbstbeteiligung für die Patienten dennoch auf 75 bis 80 Prozent steigen. De facto wäre damit der Zahnersatz fast völlig aus der GKV ausgegrenzt.

## Eine an den Löhnen orientierte Finanzierung ist nicht zukunftsfähig

„Wir haben ein fulminantes Sparprogramm vorgelegt“, sagte Prof. Dr. Bert Rürup bei Vorstellung der Ergebnisse vergangene Woche nach der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe Gesundheit.

In vielen Teilen stimmt die Rürup-Konzeption mit dem überem (siehe dazu den Kasten auf Seite 4), was Bundeskanzler Gerhard Schröder ohnehin schon angekündigt hat oder von Ulla Schmidt bereits in entsprechenden Referentenentwürfen aufgenommen wurde. Dazu gehört das Ziel, die Beiträge von 14,4 auf 13 Prozent zu senken (Rürup will sogar auf 12 Prozent runter kommen), das Herausnehmen des Krankentagegelds aus der solidarischen Absicherung, höhere Zuzahlungen bei teureren Medikamenten (sechs Milliarden Euro Sparvolumen), Einführung von 15 Euro Praxisgebühr (soll zwischen zwei und 3,4 Milliarden Euro bringen).

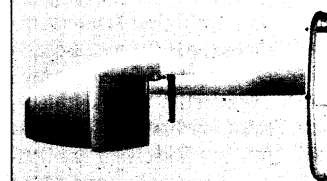
Nicht einigen konnte man sich in der Rürup-Kommission auf

Die DZW-Redaktion und der Zahnärztliche Fach-Verlag wünschen allen Leserinnen und Lesern

FRÖHLICHE OSTERN

DAS IDS-HIGHLIGHT 2003:

DAS NEUE TROPHY



One-Shot-Technologie  
CEPH-Aufnahmen in Sekundenschnelle.

ONE SHOT Auslösen – ansehen.

www.trophy-digital.de • info@